

Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union NRW

Bericht des Vorsitzenden

Helge Benda

Halle in Westfalen

21. September 2021

Es gilt das gesprochene Wort,

Sperrfrist: 21. 09. 2021, 12 Uhr

Letzte Bearbeitung des Dokumentes: 15. 09. 2021, 10.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Professor Wulff,

liebe Delegierte,

liebe Mitglieder des Landesvorstandes,

Sicher geht es mir heute genauso wie Ihnen:

Es ist es ist ein gutes Gefühl, dass wir uns wieder direkt sehen und nach vielen Monaten der Abstinenz hier und heute in Präsenz treffen.

Liebe Delegierte,

willkommen zu unserer Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union NRW.

Ihnen, der Basis unserer landesweiten Vereinigung, danke ich für den von Zuversicht getragenen Einsatz, auch in der vergangenen, sehr schweren Zeit.

Und deshalb sage ich ja auch klar und deutlich zum Thema COVID-19:

Wir wollen keinen vierten Lockdown. Wir wollen keinen mehr.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist etwas Einfaches zu tun. **Wer noch nicht geimpft ist, soll sich einfach impfen lassen.** Nur so wird Deutschland immun gegen diesen schrecklichen Virus mit so lebensbedrohlichen Gefahren. Für uns Senioren, alle Erwachsenen und im Besonderen

die Jüngsten, unsere Kinder. Erst 62,3 % unserer Bürger sind vollständig geimpft.

Vor der nächsten Zahl sollten wir erst mal tief Luft holen: **wir haben rund 23 Millionen nicht erst geimpfte Erwachsene.**

Halten wir fest:

Die Entscheidung, sich impfen zu lassen, ist kein moralisches Dilemma.

Mit der Impfung tut man sich selbst genauso etwas Gutes wie anderen.

Es ist viel tausendfach wahrscheinlicher, durch die Krankheit Schaden zu nehmen, als durch die Impfung.

Beleg dafür ist die derzeitige COVID 19 Situation in den Krankenhäusern: Über 94 % der Corona-Patienten in den Intensivstationen sind ungeimpft!

Also ist es vernünftig, sich impfen zu lassen, und hochgradig unvernünftig, sich nicht impfen zu lassen.

Das Coronavirus kann bedeutungslos gemacht werden. Dazu bräuchte es eine Durch-Impfungsrate in der Bevölkerung von 85 %. Aktuell sind wir, wie gesagt, bei 62,3 %. Es wird schwer, **aber** es ist zu schaffen.

23 Millionen Erwachsene sind noch immer nicht geimpft.

Dass Impfen hilft, ist erwiesen. Masern, Grippe, Diphtherie oder Kinderlähmung werden durch entsprechende Impfungen wirksam bekämpft.

Ja, sogar ganz ausgerottet. 1979 erklärte die WHO die Pocken für ausgerottet. Es war das Ergebnis einer **Impfpflicht** gegen Pocken auch in Deutschland. Die Masern-Impfpflicht gilt noch.

Und deshalb haben wir auch bei unserer Bundestagung beschlossen: ich zitiere: „**Deshalb spricht sich die Senioren-Union als letztes Mittel zur Abwehr des COVID-19 Virus für eine Impfpflicht in Deutschland aus.**“

Besuchsverbote in Altenheimen haben im Frühjahr 2020 zu schlimmen Situationen geführt. Menschen wurden isoliert. Besuche waren nicht möglich. Menschen haben darunter gelitten. Besonders schlimm: einsam zu sterben. **Das darf es nicht mehr geben.** Deshalb kann kein Heim in NRW von sich aus Besuchsverbote erlassen. Das geht zukünftig nur noch, wenn das Gesundheitsministerium zustimmt. Aus den schlimmen Vorfällen wurden die richtigen Schlüsse gezogen. Das ist gut!

Atempause

- **Am kommenden Sonntag** ist Bundestagswahl.

Diese Wahl wird eine **Richtungsentscheidung** für Deutschland und damit für unsere gemeinsame Zukunft sein.

Vor einigen Jahren veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung einmal ein Themenheft mit der Überschrift: „Mit 60 Jahren fängt das Wählen an.“ **Der Befund gilt auch heute noch:** die ältere Generation geht häufiger zur Wahlurne und wenn sie dort steht, ist die CDU/CSU erste Wahl.

Bei der anstehenden Bundestagswahl werden -nach Angabe des Bundeswahlleiters- rund 40 % der gut 60 Millionen Wahlberechtigten 60 Jahre und älter sein.

Aktuelles einbauen am WE

Wenn wir jetzt an die anstehende Bundestagswahl denken, dann müssen wir auch an unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel denken, die dieses Amt nicht mehr lange innehaben wird.

Wenn es um eine Würdigung geht, möchte ich auf die Worte des US-Präsidenten Joe Biden hinweisen.

Ihre Amtszeit habe einen **historischen Charakter** sagte Biden auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Merkel kürzlich in Washington.

Sie sei die erste weibliche Bundeskanzlerin in Deutschland. Merkel habe **bahnbrechende Verdienste** für Deutschland und die Welt geleistet.

Die Kanzlerin sei immer für das Richtige eingetreten und habe die Würde des Menschen verteidigt. Weiter sagte er zu ihr gewandt: „ich weiß, dass die Partnerschaft

zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten auf dem Fundament, das Sie mit aufgebaut haben noch stärker werden wird. **Aber persönlich muss ich Ihnen sagen, dass ich Sie bei unserem Gipfeltreffen vermissen werde, das werde ich wirklich.“**

Noch eine Stimme: Dressurreiterin Isabel Werth, sie ist siebenfache Olympia Siegerin, neunfache Weltmeisterin, 20-fache Europameisterin und 14-fache deutsche Meisterin: „Angela Merkel war eine feste Größe und eine Frau, die in Wind und Sturm standgehalten hat. Da haben die Nachfolger große Fußstapfen auszufüllen.“

Wir haben, trotz mancher kleinlichen Nörgelei in diesen Tagen, für die 16 Jahren ihrer Kanzlerschaft zutiefst dankbar zu sein.

PAUSE

Einige zentrale Punkte für die Bundestagswahl:

Wachstum: nach der Pandemie muss Deutschland durchstarten und tut es auch. Das geht nur mit wirtschaftlicher Dynamik, erfolgreichen Unternehmen, fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Wachstum. Nur so können wir sozialen Ausgleich schaffen und für gute Bildung sorgen.

Dafür werden wir Unternehmen von Bürokratie und Fesseln befreien, damit sie sich auf ihr Geschäft und damit auf ihren Erfolg konzentrieren können. So sorgen

wir für die Jobs von morgen, für Wohlstand und einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

- **Rente:** Laut dem Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung sollen die Altersbezüge zum 1. Juli 2022 im Westen um 4,8 Prozent und in Ostdeutschland um 5,6 Prozent steigen. Für hunderttausende Rentnerinnen dürfte es sogar noch mehr werden, denn sie bekommen erstmals die Grundrente ausgezahlt. Auch im darauffolgenden Jahr 2023 soll die Rente steigen. In den alten Bundesländern kommen 3,15 Prozent dazu und in den neuen Bundesländern steigen die Bezüge sogar um 3,88 Prozent.
- **Sicherheit: Sicherheit** ist nicht irgendein Gefühl. Sicherheit ist das Grundbedürfnis der allermeisten Menschen – Sicherheit zu Hause, auf der Straße und im Netz. Aufgabe eines starken und konsequenten Rechtsstaates ist es, Angriffe auf die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger abzuwehren - egal woher die Angriffe kommen, egal wen die Angriffe treffen.
- **Klimaschutz:** Der Klimawandel fordert uns. Es gilt CO₂ einzusparen. Die letzten Jahre zeigen: Klimaschutz und nachhaltiges Wachstum gehen für uns zusammen, für uns auf jedem Fall. 2020 kamen etwa 45 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien. Die Treibhausgasemissionen haben sich im Vergleich zu 1990 um 40,8 Prozent reduziert. Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 steigen wir aus der Kohle aus.

- **Hier sei auch noch ein Wort an die Grünen gerichtet:** Sie wollen möglichst in jedem Bereich lenken, die regieren, Quotieren. Ihnen steht der Sinn nach Reglementieren, nicht nach der größtmöglichen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit der Einzelnen in der Gesellschaft. Das zeigt die feste Absicht, ein **Klimaschutzministerium mit Vetorecht** zu installieren.

Ein solches Ministerium ist politisch völlig kontraproduktiv und läuft der Richtlinien Kompetenz des Bundeskanzleramtes und der legislativen Aufgabe des Bundestages total zuwider.

- **Aber schlimmer noch: Deutschland allein** kann die langfristige Entwicklung des Klimas nicht beeinflussen. Pro Kopf berechnet sind wir für gerade mal 2 % der Emissionen weltweit verantwortlich. Alles Gründe genug dieses Ministerium abzulehnen, nicht jedoch den Klimaschutz in gutem Sinne.
- Zur Wahrheit bei dieser Bundestagswahl gehört auch: **Die Welt von morgen wird eine andere sein.** Aber ihr Anderssein wird durch hysterische Überreiztheit und das Schlagen der Hasstrommel – um hier Begriffe des Schriftstellers Stefan Zweig zu verwenden – nicht befördert, sondern behindert.
- Oder auch mit den Worten unseres NRW-Verkehrsministers Hendrik Wüst: „Mein Menschenbild sieht nicht vor, anderen mit Verbotsorgien vorzuschreiben, wie sie zu leben haben.“

Es geht noch kürzer: **Angebote machen Verbote überflüssig.**

PAUSE

- Vor kurzem haben wir uns in Magdeburg getroffen und nach drei statt zwei Jahren **unsere Bundestagung in Präsenz** durchgeführt.

Und ich freue mich, Ihnen heute mitzuteilen, viele Mitglieder des Bundesvorstandes kommen aus NRW und können jetzt ihren Sachverstand dort einbringen. Es sind dies:

Bundsvorsitzender: Prof. Dr. Otto Wulf

Stellv. Bundsvorsitzende: Helge Benda und Christa Thoben

Bundesschatzmeister: Heinz Soth

Beisitzer: Astrid Birkhahn, Peter Frühlingsdorf,
Wolfgang Gunia, Reinhard Maly, Dr.
Gabriele Peus-Bispinck, Wolfgang Potthast,
Ingeborg Schrader und
Theo Thissen

Ich bin sicher: das wird eine gute Zeit für unsere Senioren Union!

Wir haben in Magdeburg unseren Leitantrag diskutiert und beschlossen. Weil dieser Antrag sehr konkret und

packend unseren Standort als Senioren Union umschreibt, möchte ich daraus zitieren:

„Mit Lebens- und politischer Erfahrung stehen wir Mitglieder der Senioren-Union der CDU Deutschlands als Vertreterinnen und Vertreter der älteren Generation in politischer, gesamtgesellschaftlicher und generationenübergreifender Verantwortung für ein auch in Zukunft erfolgreiches Deutschland.

Im Zentrum unserer aktiven, ehrenamtlichen politischen Arbeit steht das Miteinander aller Generationen in einer freien, solidarischen und toleranten Gesellschaft, in der wir die Belange der Älteren vertreten.

Wir erwarten eine Gesellschaft, in der die Erfahrung und der Wert des Alters als Bereicherung anerkannt wird.

Dem Schutz der Familie messen wir höchste Bedeutung zu.

Wir wollen einen gesunden Interessenausgleich zwischen den Generationen, dabei gilt: Die ältere Generation ist Gewinn und keine Last für die Gemeinschaft.

Wir wollen dazu beitragen, die großen Zukunftsaufgaben, vor denen Deutschland steht, mit einer soliden, generationengerechten Politik durch eine unionsgeführte Bundesregierung zu lösen.

CDU und Senioren-Union stehen auf dem festen Wertefundament des christlichen Menschenbildes. Diesem fühlen wir uns als Senioren-Union verpflichtet.

Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität sind Grundlagen unserer politischen Arbeit.

Die im Grundgesetz verbürgte Unantastbarkeit der menschlichen Würde – unabhängig vom Lebensalter – ist Basis für unsere Politik.

Die Senioren-Union kämpft für eine Teilhabe aller Generationen am gesellschaftlichen Leben. Dies muss sich auch in der politischen Arbeit der CDU als Union der Generationen widerspiegeln.

Beschränkungen aufgrund fortgeschrittenen Lebensalters, die von bürgerschaftlichem Engagement oder öffentlichen Funktionen ausschließen, haben in der Wirklichkeit aktiver Seniorinnen und Senioren keinen Platz.

Wir fordern deshalb nach wie vor, den Artikel 3 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland um das Verbot der Diskriminierung wegen Alters zu ergänzen.

Wie Religion, Geschlecht und Herkunft des Menschen darf auch das fortgeschrittene Lebensalter kein Grund für Benachteiligung sein.“

- Altersdiskriminierung wird von uns in keiner Weise toleriert. In jedem einzelnen Fall stehen wir auf und protestieren. Nicht mit uns!

PAUSE

- **In NRW haben wir so einiges für die Älteren erreicht.** Wenn auch manchmal auf Umwegen und wenn auch manchmal mit einem anderen Namen versehen. Uns interessiert die Umsetzung nicht der Name.
- **Landärzte** sind die Basis und das Herz jeder medizinischen Versorgung im ländlichen Raum! Und genau daran mangelt es in letzter Zeit schmerzhaft.

Ganze Landstriche stehen ohne Arzt da. Bereits heute sind mehr als die Hälfte der Hausärztinnen und Hausärzte älter als 55 Jahre.

Denn stehen Ärzte vor der Gründung ihrer ersten Praxis, so wählen sie zu oft einen Ort in der Stadt.

Deshalb wurden in NRW wurden jetzt **300** zusätzliche Studienplätze für allgemein Medizin im ländlichen Raum eingerichtet. Zusätzlich, die gab es bis jetzt nicht. Auf diese Studienplätze gab es einen regelrechten Ran.

- Ende 2022 soll die medizinische Fakultät an der **Universität Bielefeld** mit weiteren Studienplätzen und dem Schwerpunkt Allgemeinmedizin an den Start gehen.
- **Gemeindeschwester:**

2018 hat die Senioren-Union zum ersten Mal danach gerufen. Jetzt nach drei Jahren ist das Projekt umgesetzt.

Die Gemeindeschwester heißt jetzt EVA (entlastende Versorgungsassistentin), manchmal auch AGnES (Arztentlastende, Gemeindenahe, E-Healthgestützte, Systemische Intervention), das habe ich vorhin gemeint als ich feststellte: Projekte sind umgesetzt, haben jedoch einen anderen Namen bekommen.

Wie läuft das ab? Federführend ist der jeweilige Arzt. Über seine Praxis werden Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter qualifiziert Hausbesuche durchzuführen. Die Eva (oder AGnES) ist Angestellte des Arztes und bei ihren Hausbesuchen, das ist für uns besonders wichtig, ist immer auch Zeit für ein Gespräch mit den Patienten. Für uns ein erster Schritt zur Abmilderung der Einsamkeit im Alter.

- **Tele Notarzt**

Ein weiteres großes Projekt für Senioren, aber auch für alle Bewohnerinnen und Bewohner in Nordrhein-Westfalen ist der **Tele – Notarzt**. Aus der Idee wurden inzwischen zwei Testläufe. Der erste im Raum Aachen ist erfolgreich verlaufen. Der zweite findet im ländlichen Raum in Ostwestfalen Lippe statt.

Ausgangspunkt war das Fehlen einer ausreichenden Anzahl von Notärzten. Denn diese werden zu Unfallorten gerufen, um zu entscheiden, ob ein Patient ambulant

behandelt werden kann oder ins Krankenhaus eingeliefert werden muss.

Das Großartige an diesem Projekt ist, dass der Notarzt in seinem Büro bleiben kann und über Video in den Krankenwagen zugeschaltet wird. Dadurch kann eher mehr Notfälle behandeln und damit effektiv eingesetzt werden zum Wohle der Verunglückten.

Nebenbei, aber genauso wichtig war und ist die Qualifikation der Besatzung des Rettungswagens. Das gehört auch mit dazu.

- Etwas entspannt hat sich die Situation der **Pflegeberufe**. Die Ausbildungs-Zahlen nehmen zu. Waren es 2015/16 49.000 Personen, sind es 2019/20 56.000 geworden. Die Arbeit in der Pflege hat Zukunft! Aber wir müssen als Senioren Union auch ein waches Auge auf ihre Finanzierbarkeit und Umsetzung halten.

- **Wir stellen uns breiter auf:**

Unterstützung für unsere politische Arbeit erhalten wir zukünftig auch durch drei ausgewiesene Fachleute:

Marie-Luise Dött MdB (Wirtschaft und Umweltschutz)

Hubert Hüppe (Soziales und Inklusion)

Christian Nienhaus (Kommunikation und Medien)

Näheres entnehmen Sie Ihrer Tischvorlage.

Damit setzen wir auch ein Zeichen für Ältere im Parlament und damit gegen Altersdiskriminierung. Auf eine intensive Zusammenarbeit.

- Für uns gibt es weiterhin viel zu tun:

Wir fordern flächendeckend Demenzabteilungen in den Krankenhäusern zur Nachsorge nach der OP.

Krankenhäuser müssen sich zukünftig darauf einstellen, die Bedürfnisse von Demenz-Patienten stärker zu berücksichtigen. Diese Patientengruppe benötigt gänzlich andere Krankenhausabläufe. Auch muss die Planung der Entlassung direkt nach der OP beginnen.

- Wir fordern die Einführung von **Seniorenämtern** in den Rathäusern in NRW. Dort bearbeitet dann eine Stelle alle Belange der älteren Mitmenschen.

Wir erwarten auch Hausbesuche bei dieser Altersgruppe, getreu dem Motto: Wenn Sie nicht ins Rathaus kommen können, kommt das Rathaus zu Ihnen, so wie es die Stadt Köln in 14 Stadtbezirken bereits erfolgreich durchführt.

- Es geht um eine **zukunftsste Altersvorsorge**, es geht um eine gute und flächendeckende **medizinische Versorgung** in Stadt und Land gleichermaßen, es geht um die Förderung **digitaler Kompetenz** und um die Nutzung **digitaler Werkzeuge** auch durch uns, die ältere Generation. Und schließlich geht es auch um die wichtige

Frage des **Wohnens im Alter** und da auch immer um die Finanzen.

PAUSE

- **„Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? Wer, wenn nicht wir?“**
selten ist ein Spruch weniger gut für unsere Vereinigung und unsere Arbeit als Leitmotto gedacht.
- Die Volksparteien stecken in der Krise. Mit diesem plakativen Ausspruch lässt sich eine sowohl in der öffentlichen Meinung als auch in der wissenschaftlichen Literatur weithin verbreitete Ansicht beschreiben. Nachlassende Wahlbeteiligung, sinkende Mitgliederzahlen, schwindende Stammwählerschaft und zuweilen auch ganz allgemeine Politik- bzw. Parteienverdrossenheit werden hierfür als Indikatoren herangezogen.
- Die Analysen reichen vom Vorwurf sträflicher Untätigkeit angesichts neuer Herausforderungen, bis hin zur Annahme die Volksparteien selbst seien bereits überholt und längst in einem neuen Parteitypus aufgegangen.

Es ist aber eben an uns, diese Probleme aktiv anzugehen und aktiv für unsere Demokratie einzustehen.

Ich möchte deshalb einige Punkte skizzieren, die wir mit großer Konzentration in den kommenden Jahren angehen müssen.

- 1957 wurde die erste große Rentenreform seit dem Zweiten Weltkrieg im Deutschen Bundestag verabschiedet. Es wurde eine „epochenmachende Strukturreform“, die die gesetzliche Altersvorsorge in Deutschland auf eine völlig neue Grundlage stellte.

Seitdem hat es eine Vielzahl von Rentendiskussionen und –reformen gegeben, nicht immer dienten sie der Sicherheit und Verlässlichkeit für die älteren Menschen.

„Die Rente ist sicher“ – kaum ein politischer Satz brannte sich in die Köpfe der Deutschen ein wie dieser. Dr. Norbert Blüm (CDU, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung), sprach die Worte zwar erstmals im Wahlkampf 1986, und 11 Jahre später, am 10. Oktober 1997 sollte er diese jedoch in einer hitzigen Debatte im Deutschen Bundestag wiederholen.

Und bei Finanzen muss man auch immer die ganze Wahrheit ansehen. So wird berichtet, dass der Zuschuss aus den Steuern zur Rente im Jahr 2020 € 100 Mrd. betrug. Das ist richtig, aber die Rentner haben im gleichen Jahr € 43 Mrd. Steuern gezahlt. Rein rechnerisch beträgt damit der Zuschuss zur Rente doch nur € 57 Mrd.

Wir müssen endlich dafür sorgen, dass die rentenfremden Komponenten aus der Rentenkasse entfernt werden. Eine Idee wäre es zum Beispiel auch, gleich nach der Geburt eines Menschen mit der Einzahlung in die Rentenkasse zu beginnen.

- Ein weiterer Punkt unserer to do Liste: **Einsamkeit** hat viele Gesichter. Es erfasst vor allem Ältere. Die Dresdner Psychotherapeutin Astrid von Friesen sagt: „Das ist ja ein Phänomen des 20. und 21. Jahrhunderts. Es wird schon von der Volksseuche Nummer eins gesprochen, und in England gibt es ja bereits ein Ministerium gegen die Einsamkeit.“

Wir fordern weiterhin das Angebot von Senioren-Tagesplätzen zu vergrößern. Senioren-Einrichtungen sollten ihre Angebote auch für die in der Umgebung wohnenden älteren Mitmenschen öffnen.

- Mit der **Pflegeversicherung**, ist auch das nächste zentrale Themenfeld unserer gemeinsamen Arbeit umrissen. Auch hier ist Handlungsbedarf gegeben. Es ist auch unsere Aufgabe als dynamische Vereinigung in der CDU/CSU für kraftvolle Eingaben zu sorgen.

„Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? Wer, wenn nicht wir?“

Zudem möchte ich ankündigen, sofern sie mir erneut ihr Vertrauen aussprechen sollten, jeden Kreisverband bei einer Vorstands- oder Planungssitzung zu besuchen und gemeinsam mit ihnen zu besprechen, wie wir uns allgemein, aber auch innerhalb der CDU „breiter“ aufstellen können.

Wir starten hier und heute die Aktion – Senioren Union - wir packen's (an). Das ist unser Signal aus Halle auch in

die Partei hinein. **Wir sind eine starke Vereinigung, die sich jetzt und zukünftig meinungsstark in die Arbeit der Partei einbringen wird.**

Wir packen's muss auch der Gedanke sein, wenn wir am Sonntag zur Wahl gehen. Armin Laschet muss neuer Bundeskanzler unseres großartigen Landes werden.

Er regiert seit vier Jahren dieses Bundesland Nordrhein-Westfalen mit nur einer Stimme Mehrheit im Parlament und das reibungslos.

Unter seiner Regierung wurden Dinge angepackt, die die vorherigen Regierungen ignorierten. Hier sei als Beispiel das konsequente Vorgehen gegen die Clan-Kriminalität genannt. Und auch im Bereich der Mobilität wurde viel getan. „Schluss mit Schlusslicht“ war und ist der zentrale Punkt, der eingelöst wird.

Am heutigen Nachmittag fahren wir wieder in unsere jeweiligen Heimatorte und rufen den Menschen zu „**Wir machen Politik für Deutschland. Für uns gilt immer: Erst das Land, dann die Partei, dann die Person. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern arbeiten wir daran, unser Land jeden Tag ein bisschen besser zu machen.**“

Ich danke Ihnen, dass sie mir so aufmerksam zugehört haben und bewerbe mich erneut als Landesvorsitzender dieser großartigen CDU-Vereinigung.